



Ministerium für Bildung | Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Vorsitzende des Ausschusses für Bildung  
Frau Susanne Müller, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz  
**18/3917**  
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-41 10  
ministerinbuero@bm.rlp.de  
www.bm.rlp.de

zu Vorlage 18/3556

15. Mai 2023

## 20. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 4. Mai 2023

hier: TOP 5: Höhere Berufsfachschule

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

der Tagesordnungspunkt 5 „Höhere Berufsfachschule“ wurde in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 4. Mai 2023 mit Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung durch die Landesregierung für erledigt erklärt. Daher berichte ich wie folgt:

Die höhere Berufsfachschule (HBF) bietet eine vollschulische berufliche Erstausbildung, die innerhalb von zwei Jahren den Abschluss einer staatlich geprüften Assistentin/eines staatlich geprüften Assistenten in der jeweiligen Fachrichtung ermöglicht. Gleichzeitig können die Schülerinnen und Schüler als fakultatives Angebot die Fachhochschulreife erwerben.

Die höhere Berufsfachschule wird derzeit an 55 öffentlichen und 12 privaten berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz angeboten und im aktuellen Schuljahr 2022/2023 von 8.355 Schülerinnen und Schülern in 390 Klassen besucht.

Die demografische Entwicklung, die veränderte Nachfrage sowie neue pädagogische Schwerpunkte (z.B. Digitalisierung in der Lebens- und Arbeitswelt) erforderten eine Weiterentwicklung des Bildungsangebotes.

Die neue Landesverordnung für die höhere Berufsfachschule trat am 31. Juli 2019 in Kraft. Die Einführung wurde von zahlreichen Informations- und Fortbildungsangeboten des pädagogischen Landesinstituts begleitet. Ziele der Reform der höheren Berufsfachschule waren insbesondere:



- die Anpassung an die Anforderungen der Gesellschaft und Arbeitswelt in Bezug auf digitale und berufliche Kompetenzen,
- die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und Profile der Schulen und
- die Erhöhung der Eigenverantwortung der Schulen durch erweiterten organisatorischen und pädagogischen Handlungsrahmen.

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Debatte und der Bedeutung der Demokratieerziehung wurde der Unterrichtsanteil in Sozialkunde/Wirtschaftslehre von 80 auf 160 Stunden erhöht. Die Rückmeldung der Schulen hat gezeigt, dass dies ein Schritt in die richtige Richtung war.

Das „neue“ Fach „Standortspezifischer Unterricht“ bietet Schulen die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte zu setzen. Dadurch können sie ihr Profil schärfen (z.B. Wirtschaftsfranzösisch bei einer Europaschule der Grenzregion).

Das „neue“ Fach „MINT im Beruf“ trägt dazu bei, Basiskompetenzen in Mathematik zu erweitern und die Schülerinnen und Schüler auf das Leben und Arbeiten in einer digitalen Welt vorzubereiten.

Mit dem neuen Unterrichtsfach „Selbstgesteuertes Lernen“ soll bei Schülerinnen und Schülern vor allem die Übernahme von Verantwortung für das eigene Lernen gefördert werden.

Durch das außerschulische Praktikum erhalten Schülerinnen und Schüler die Chance auf vielfältige Einblicke in das jeweilige Berufsfeld und können berufspraktische Kompetenzen erwerben, die eine Schule nicht leisten kann. Die Ausweitung auf mindestens 12 Wochen hat sich bewährt.

Formative quantitative Evaluationen zu einzelnen Aspekten der Umsetzung der Reform der höheren Berufsfachschule finden fortlaufend statt. Das Ministerium für Bildung beobachtet z.B. die Entwicklungen der Schülerzahlen gemeinsam mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion sehr genau, um auf veränderte Bedarfe schnell reagieren zu können.



Zukünftig werden weitere HBF der Fachrichtung Wirtschaft schrumpfen, während eine Zunahme der Klassenzahlen in den Fachrichtungen Sozialassistenten und Mediendesign zu erwarten ist.

Zur Weiterentwicklung der höheren Berufsfachschule wurde unter Federführung des Ministeriums für Bildung gemeinsam mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und Schulleiterinnen und Schulleitern eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel gegründet, Erfahrungen aus der Praxis zu heben und Weiterentwicklungsvorschläge zu erarbeiten.

Die für 2022 geplante summative Evaluation wurde aufgrund der Corona-Pandemie um zwei Jahre verschoben.

Die Reform der höheren Berufsfachschule bietet den Schulen einen insgesamt erweiterten pädagogischen und organisatorischen Handlungsrahmen, wie selbst formulierte, profilgebende Lernfelder des standortspezifischen Unterrichts, Auswahlmöglichkeit der Prüfungselemente für die praktische Prüfung, Dauer des Praktikums (12 oder 16 Wochen) und Formen des Praktikums (dual oder Block). Insbesondere die positiven Entwicklungen im Bereich der HBF Sozialassistenten bieten die Chance, zukünftig noch mehr junge Menschen für die Arbeit mit Kindern und betreuungsbedürftige Menschen begeistern zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stefanie Hubig